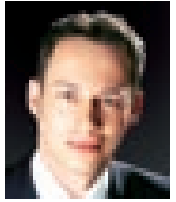


# Checkpoint Charlie bleibt Inbegriff für Freiheit und Demokratie



Nicolas Zimmer, senator auf MdA

**Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer, hat den Kultursenator aufgefordert, rasch darzustellen, wie dessen Konzept eines Info-Pavillons am ehemaligen Checkpoint Charlie realisiert werden soll:**

„Wenn Herr Flierl dort eine Art Dokumentationszentrum plant, muss er Grund und Boden bereitstellen. Da dem Land Berlin dort aber kein Grund und Boden gehört, muss es diesen ankaufen. Und wenn dies so ist, dann lässt sich auf dem Areal am Checkpoint Charlie auch beides nebeneinander realisieren: Der Informationspa-

villon und die Erinnerung an über 1000 Tote durch Mauer und Stacheldraht.“ Zimmer warnte Flierl gleichzeitig vor einer isolierten Betrachtung der Mauer ohne die Gedenkstätte Hohenschönhausen und andere authentische Orte des menschenverachtenden Systems. Dies führe zu einer Verfälschung der historischen Wahrheit: „Die Mauer war nicht nur Grenze zwischen zwei Systemen, sondern die Gefängnismauer der SED.“

Dem Versuch Flierls, Mauer und Stacheldraht ver- harmlosend als

Ergebnis der Blockkonfrontation darzustellen, erteilte Zimmer eine Absage: „Es war eine Todeszone, in der die Grenzer mit dem Maschinengewehr im Anschlag warteten. Sie sicher-



te die Vorteile der Diktatur auf Kosten der Bürger der DDR.“ Zimmer äußerte auch Unverständnis darüber, dass ausgerechnet Flierl, in seiner Eigenschaft als damaliger Baustadtrat in Mitte für den Abriss des Wachturms am Checkpoint Charlie verantwortlich, heute über die Erinnerungslandschaft Berlins an herausragender Position entscheiden solle. „Es gibt weit mehr als 130 Stätten, an denen die Geschichte der Mauer, der Verfolgung, des Mor-

des an Flüchtlingen und des Kampfes für Demokratie und Freiheit in Berlin sichtbar sind und sichtbar gemacht werden müssen. Herr Flierl ist die denkbar schlechteste Besetzung, die Bewahrung der SED-DDR-Diktatur sicher zu stellen.“ Zimmer wies auf die zeitliche Komponente hin: „Herr Flierl muss jetzt zügig umsetzungsfähige Vorschläge realisieren, weil durch das Gerichtsverfahren die Entfernung des Mahnmals der 1000 Kreuze am Checkpoint Charlie droht. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!“ Die Initiative der Museumschefin Hildebrandt habe für Aufsehen und Unterstützung weit über die Berliner Landesgrenzen hinaus gesorgt.

## SPD und PDS rücken Berlin nach links – Schluss mit dem Verrat der Freiheit



Frank Henkel, MdA

**Berlins neuere Geschichte nennt zahlreiche geschichtliche Daten. Wegmarken des Leids und der Freude.**

**Was bislang als gesamtberliner Konsens galt, wird jetzt aber von Rot-Rot zur Politisierung missbraucht. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Frank Henkel, nimmt zur aktuellen Situation in folgendem Namensartikel Stellung:**

Betreibt die PDS mit Unterstützung der SPD eine schleichende Geschichtsdeutung in Berlin? Dieser Eindruck drängt sich nach dem Eklat in der letzten Abgeordnetenhaus Sitzung zur Erinnerung an die Luftbrücke und die Solidarität der West-Alliierten mit dem eingeschlossenen Berlin auf. Dort haben die PDS und ihr Chefideologe Brauer zusammen mit der SPD (!) einen dringlichen Antrag von CDU und FDP zum Gedenken an das Ende der Berliner Blockade vor 56 Jahren abgelehnt und damit eine Geschichtsverfälschung sondergleichen betrieben, indem sie den West-Alliierten die Schuld an der

Berlin-Blockade zuschoben. Dieser Vorgang stellt einen vorläufigen und traurigen Höhepunkt einer linksideologischen Geschichtswahrnehmung dar, die 2002 mit dem SPD/PDS-Beschluss für ein fünftes Rosa-Luxemburg-Denkmal begonnen hat. Die SPD verrät damit die eigenen freiheitlich-demokratischen Traditionen, die Ernst Reuter, Kurt Schumacher und Willy Brandt nach dem 2. Weltkrieg begründet haben. Der Freiheitskampf der Berliner wird nach Diktation der SED-Nachfolgepartei auf den Kalten Krieg, also auf eine neutrale Konfrontation von zwei Machtblöcken, verharmlosend reduziert, und die tatsächlichen Ursachen für Mauerbau, Stacheldraht und Schießbefehl werden verschwiegen. Anstatt diese Ursachen im totalitären Anspruch der Sowjetdiktatur und des SED-Herrschaftsapparates zu suchen, werden stattdessen Denkmäler von Sozialisten wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit willfähriger Unterstützung der Berliner SPD (wieder-)errichtet. Gern unterschlagen wird dabei, dass Liebknecht und Luxemburg ein linkes Terrorregime nach dem Muster der Sowjet-

union etablieren wollten und Gegner der repräsentativen Demokratie durch und durch gewesen sind.

Ebenso wird der Sowjet-General und ehemalige Oberbefehlshaber Berlins, Bersarin, von der SPD und vor allem der PDS mit einer Reihe von Ehrungen überhäuft. Erst wird ihm die Ehrenbürgerwürde Berlins zurückgegeben, dann eine Brücke nach ihm benannt und schließlich werden Ausstellungen im Abgeordnetenhaus organisiert. Die Geschichte Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg beschränkt sich nach Lesart von Gysi, Flierl und anderen „PDS-Historikern“ ganz im Sinne ihrer marxistisch-leninistischen Erziehung auf die Sowjetunion und blendet die Westalliierten und ihre enge Verbundenheit mit den Berlinern bewusst aus. Gegen dieses einseitige Geschichtsverständnis wehrt sich die Berliner CDU. Der Kalte Krieg war entgegen der Meinung der PDS nicht nur ein Konflikt zwischen zwei Welt-systemen. Er war vor allem ein Kampf der westlichen Alliierten für Freiheit und Menschenrechte in Reaktion auf die Errichtung stalinistischer und diktatorischer Regime in Mittel- und Osteuropa. In

Berlin fand diese von der Sowjetunion ausgelöste Konfrontation ihren Höhepunkt. Die West-Berliner haben ihre Freiheit und ihr Überlebendes U S A ,



Großbritannien und Frankreich zu verdanken. Wer dies wie die PDS leugnet oder wie die SPD aus Koalitionsräsön unterschwellig ignoriert, handelt unverantwortlich und übt Verrat am Freiheitskampf der Berliner, die im Westteil in Frieden und Freiheit gelebt haben wie auch derjenigen, die im Ostteil von der PDS-Vorgängerpartei SED unterdrückt, und denen die Freiheit und Selbstbestimmung vorenthalten worden sind. Der antitotalitäre Konsens aus den Gründerjahren der al-

ten Bundesrepublik ist damit von der SPD spätestens seit der Koalition mit der

PDS aufgekündigt worden. Vorherrschendes Ziel ist offensichtlich, die Verbrechen des SED-Regimes zu verharmlosen und eine Geschichtspolitik für das eigene PDS-Klientel zu machen. Darin eingeschlossen ist eine linke Erinnerungskultur, die nach dem Willen des Senats im Stadtbild sichtbar werden muss und historische Ereignisse als Bestandteil der Identität Berlins wie die Luftbrücke, den 17. Juni oder den Mauerbau im Schredder der Geschichte Berlins klammheimlich entsorgt.